

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/15A

Bonn, den 14. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeiler

1 - 2

Mikat und Hahn

91

kein Ersatz für eine kulturpolitische Konzeption

Die CDU schweigt zur Schulreform
Von Bruno Friedrich, Bonn

3

Berlin am Abend des 13. August

47

Würdevolle Demonstration

4

Schwarze Kreuze mahnen

47

Strassenbau muß beschleunigt werden
Von Frank Sommer

5

1965 - Jahr der Internationalen Zusammenarbeit

44

"Weltbund der Schwesterstädte"
Von Pierre Simonitsch, Genf

♦ ♦ - ♦ ♦ ♦ ♦

Mikat und Hahn - kein Ersatz für eine kulturpolitische Konzeption

Die CDU schweigt zur Schulreform

Von Bruno Friedrich, Bonn

Die SPD hat seit Jahren eine Bildungskatastrophe vorausgesagt für den Fall, daß die CDU/CSU in ihrer kulturpolitischen Abstinenz verharrt. Die CDU/CSU hat die Möglichkeit eines Bildungsnotstandes beharrlich bestritten. Im November 1960 erklärte im Gelsenkirchen Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier vor dem ersten Kulturkongreß der CDU:

- * "Jeder AEO-Schüler weiß ohnehin, daß der Wiederaufbau Deutschlands unter unserer Verantwortung nicht Halt gemacht hat vor dem Bereich der Kulturpolitik, sondern im Schritt um Schritt mitertafelte. Und jeder halbwegs Nachdenkliche kann selbst darauf kommen, daß die kulturpolitische Leistung dieser zehn oder elf Jahre - auch dort, wo sie in sozialdemokratisch geführten Ländern zustandekam - ihre politische und materielle Basis hat in der Sicherheitspolitik Adenauers und der auf ihr stehenden Wirtschaftspolitik Erhards."

Vor vier Jahren noch hat Herr Gerstenmaier den bildungspolitischen Notstand verkannt und die Gesamtverantwortung im Bereich der Kulturpolitik für die CDU/CSU beansprucht. 1964 kann der Hinweis auf den Bildungsnotstand der Bundesrepublik nicht mehr als sozialdemokratische Propaganda verächtigt werden, denn unabhängige Wissenschaftler sprechen offen von einer Bildungskatastrophe.

* * *

In den letzten Wochen ist in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt worden, die CDU bemühe sich mehr als bisher um die Lösung kulturpolitischer Probleme. Nordrhein-Westfalens Kultusminister Mikat, derzeit Vorsitzender der Kultusministerkonferenz, hat mit Bundeskanzler Erhard gesprochen. Das ist begrüßenswert, aber allzuviel darf man davon nicht erwarten. Herr Mikat hat als Vorsitzender der Kultusministerkonferenz mit Erhard gesprochen, nicht als Kulturpolitiker der CDU, mehr dem Drängen sozialdemokratischer Senatoreninitiative in der Kultusministerkonferenz nachgebend als einer bildungspolitischen Konzeption der CDU/CSU folgend.

Eine für die gesamte Bundesrepublik verbindliche Neuordnung der deutschen Kulturpolitik ist abhängig von der Zustimmung aller Länder. Falsch wäre es, allein den Ländern die Schuld für den Bildungsnotstand in die Schuhe zu schieben. Wer dies tut, geht an der Wirklichkeit des politischen Lebens vorbei. Auch die Landesregierungen werden von den Parteien gebildet. Wenn sich die Länder auf eine gemeinsame Kulturpolitik einigen müssen, dann bedeutet dies in der politischen Wirklichkeit, daß auch die beiden großen Parteien in der Bundesrepublik, die CDU und die SPD, aufgerufen sind, eine kulturpolitische Gesamtkonzeption vorzulegen, die als Diskussionsgrundlage für einen zwischen CDU und SPD auszuhandelnden Kompromiß dienen kann.

Die SPD hat 1964 mit ihren bildungspolitischen Leitsätzen ihre kulturpolitische Gesamtkonzeption vorgelegt. Die CDU/CSU hat bis heute geschwiegen, sie gibt keine Antwort in der Sache, allerdings wechselt

sie ihre Kultusminister. Zweifellos sind Mikat und Hahn eifriger als ihre Vorgänger, aber sie sind kein Ersatz für eine von der Gesamtpartei akzeptierte kulturpolitische Konzeption, vor allem nicht in der CDU/CSU. Ohne Gesamtkonzeption gibt es aber auch keine Gesamtplanung.

* * *

In der Sache hat sich die Bildungspolitik der CDU/CSU in den letzten Jahren darin erschöpft, die Vorschläge der SPD abzulehnen, ohne eigene Vorschläge zu entwickeln. Bereits 1956 hat die SPD auf ihrem Parteitag in München die Reform unserer Schulsysteme, die Einigung zwischen Bund und Ländern über Schwerpunktaufgaben für Wissenschaft und Forschung, die Berufung eines Forschungsrates gefordert. Die Antwort der CDU/CSU war ein kategorisches N E I N. 1960 und 1961 hat der sozialdemokratische Kulturpolitiker Waldemar von K n o e r i n g e n wiederholt eine Diskussion über einen Staatsvertrag der Länder und über die Berufung eines Kultur- oder Bildungsrates gefordert. Am 2. Juli 1961 erklärten Parteivorstand und Parteirat der SPD:

- * "Voraussetzung für diese Neuordnung (der deutschen Kulturpolitik)
- * ist ein Staatsvertrag der Länder, der die Arbeitsmöglichkeit der
- * Kultusministerkonferenz erhöhen und die wirksame Durchführung ge-
- * meinsam erarbeiteter Richtlinien sichern soll."

Wie lautete die Antwort der CDU? Ihr kulturpolitischer Sprecher im Bundestag, Dr. Berthold Martin, sprach höhnisch von "Verfassungsdilettantismus". Einen Kulturrat hat Dr. Martin im Juli 1961 mit folgender Begründung abgelehnt:

- * "Und es stellt sich weiter sogleich die Frage, ob angesichts der
- * Aufgabenfülle des neuen Rates überhaupt mit seiner Funktionsfähig-
- * keit gerechnet werden kann, ganz abgesehen davon, daß mit einer Be-
- * rufung der 25 Mitglieder frühestens im Jahre 1962 gerechnet werden
- * könnte und erste Empfehlungen in einem Glücksfalle 1963 vorliegen
- * würden."

Inzwischen schreiben wir 1964. Ergebnisse wären 1963 wirklich ein Glücksfall gewesen. In ihren bildungspolitischen Leitsätzen hat die SPD nicht nur Vorschläge für einen Bildungsrat und für eine Koordination der Bildungs- und Wissenschaftspolitik entwickelt, vorgelegt wurden auch Vorschläge zur Schul- und Hochschulreform, zur Ausbildungsförderung, Erwachsenenbildung, zur Neuordnung des Bibliothekswesens und zur Bildungshilfe für Entwicklungsländer. Während das erste Glied der CDU/CSU zu diesen Vorschlägen schweigt oder dagegen mit längst überholten ideologischen Argumenten polemisiert, sind in aller Stille die jungen Kultusminister der CDU, Mikat und Hahn, in das letzte Glied sozialdemokratischer Kulturpolitik eingerückt. Mikat ist überregionalen Vereinbarungen gegenüber aufgeschlossener als die CDU, Hahn sprach von einem Bildungs-

rat. Die SPD stellt sich jetzt die Frage, ob ihre Forderungen zur Schul- und Hochschulreform, zur Ausbildungsförderung und zur Erwachsenenbildung von der CDU so behandelt werden, wie die SPD-Vorschläge zum Staatsvertrag und Bildungsrat; ob man sie ablehnt, drei Jahre liegen läßt, um sie dann durch neue Kultusminister der Öffentlichkeit als CDU-Politik zu verkaufen. Sollte dieser "Zeitplan" eingehalten werden, dann wird die CDU/CSU 1968 eine kulturpolitische Konzeption zur Schulreform in Deutschland vorlegen, die in ihrem Inhalt nur gering von den abweichenden dürfte, was die Sozialdemokratie 1964 vorgeschlagen hat.

Berlin am Abend des 13. August

Würdevolle Demonstration

Sp - Die Stunde des Schweigens in Berlin am Abend des 13. August 1964 war - trotz allem, was einige Berliner Zeitungen vorher geschrieben hatten - eine eindrucksvolle Mahnung. An mehreren Stellen der Schindmauer haben junge Leute protestiert und den Senat sowie die alliierten Schutzmächte aufgefordert, nicht zu schweigen und die Mauer niederzureißen. Die Zusammensetzung dieser Gruppen war recht unterschiedlich: einige Oberschüler, Studentengruppen, junge Arbeiter und Protestierende unbestimmbarer Herkunft. Man sah nur wenige unter ihnen, die älter als 22 oder 23 Jahre gewesen sein mögen. Die Berliner Polizei hatte dafür gesorgt, daß diese Gruppen nicht bis zur Mauer vordringen konnten, und abgesehen von einigen Sprechchören in der Nähe des "Checkpoint Charlie" ist wohl kaum Mennenswertes über diese Art von Demonstrationen zu berichten.

Die öffentlichen Verkehrsmittel hatten von 20 bis 21 Uhr den Betrieb eingestellt, kurz nach 20 Uhr bot Berlin auch dort das Bild einer schweigenden Stadt, wo man, wie etwa am Kurfürstendamm, erwartet hatte, daß sich die zahlreichen ausländischen Besucher nicht an die Schweigestunde halten würden. Wer unterwegs war, setzte sich ruhig in einem Café oder Restaurant nieder; die Bedienung stand abwartend und meist schweigend bis die Stunde des Gedenkens vorüber war.

Hier und dort sah man an den Fenstern in den Wohnvierteln eine Kerze als Zeichen der Solidarität mit jenen, die jenseits von Mauer und Todesstreifen auch an diesem Abend - wie immer - in Schweigen verharren.

Es ist in Berlin und zum Teil auch in der Bundesrepublik viel darüber diskutiert worden, ob der von Senat empfohlene Protest dieser Art wirkungsvoll und dem dramatischen Geschehen seit dem 13. August 1961 angemessen sei. Offensichtlich hat jedoch die Meinung überhand genommen - jedenfalls bei der Berliner Bevölkerung - daß es Situationen gibt, in denen Schweigen aufrüttelnder ist als Reden. Dem Berliner Senat haben auch zahlreiche zustimmende Briefe von einfachen Menschen aus dem Ostsektor erreicht. Übereinstimmend wird hierin gesagt, die Solidarität des Schweigens werde "früher" als ein stiller Händedruck empfunden, der vielleicht mehr aussage, als manche gut formulierte Rede. In diesen Briefen ist nichts von Resignation zu spüren; aber immer wieder spricht aus ihnen die Mahnung, nichts auf westlicher Seite zu unterlassen, was dazu angetan sein könnte, Bräucherungen in den menschlichen Beziehungen zwischen den Berlinern in Ost und West zu erreichen. Nicht wenige, die sich auf vielfachen Wegen an den Senat gewandt haben, sprechen davon, wie sehr sie verstehen, daß jenes Tages Schweigen gedacht wird, an dem mit Brutalität das pulsierende Leben einer Millionenstadt unterbrochen wurde.

Wieder einmal hat die Bevölkerung von Berlin unmißverständlich und würdevoll der Welt gezeigt, daß sie sich eins fühlt, daß nichts ihr Vertrauen in die Gerechtigkeit ihrer Sache erschüttern kann und daß sie immer bereit ist, von sich aus das Menschennögliche zu tun, um Voraussetzungen für eine politische Überwindung jenes Zustandes zu schaffen, der ihr von Pankow aufgewungen wurde.

Schwarze Kreuze mahnen

Strassenbau muß beschleunigt werden

Von Frank Sommer

Der Verkehrstod geht um auf den Strassen der Bundesrepublik. In den letzten Monaten hat die Zahl der schweren Verkehrsunfälle und der tödlich Verletzten so stark zugenommen, daß der Bundesverkehrsminister seine "Besorgnis" darüber zum Ausdruck gebracht hat. Die Sozialdemokratische Partei teilt diese Sorgen. Aber mit großen Worten und klein-karierten Flickwerk wird die Situation nicht mehr gemindert werden können. Entscheidende Maßnahmen sind nötig, sonst wird die Verkehrspolitik der Bundesregierung im Chaos auf den Strassen enden.

Eine große Mineralölfirma, die erfahrungsgemäß auf diesem Gebiet recht genaue Erhebungen anstellt, hat berechnet, daß sich der Bestand an Kraftfahrzeugen in der Bundesrepublik bis zum Jahre 1970 fast verdoppeln wird. Man muß nicht Verkehrsexperte sein, um zu wissen, was das bedeutet.

Wie es unter solchen Umständen möglich war, daß in Regierungskreisen auch nur der Gedanke auftauchen konnte, den Strassenbau wegen fehlender Mittel zu stoppen, ist unverständlich. Wir möchten den Minister oder den Bundeskanzler sehen, der für eine solche Maßnahme die Verantwortung übernimmt.

Der Strassenbau darf nicht verzögert werden, er muß beschleunigt werden, und zwar unverzüglich. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat aus diesen Überlegungen heraus einen neuen Vorstoß unternommen. Sie hat einen Antrag eingebracht, der "angesichts der sich immer noch steigenden Überfüllung auf den Strassen und der dadurch bedingten Steigerung der Verkehrsunsicherheit und der Unfallziffern einerseits und der drohenden Stilllegung von Teilen der Strassenbaukapazität andererseits" eine bessere Ausschöpfung der zur Zeit nur zu 50 Prozent genutzten Strassenbaukapazität sicherstellen soll.

Inzwischen hat die Bundesregierung der Forderung der SPD nach einem Vorgriff auf die Haushaltsmittel des nächsten Jahres für den Strassenbau stattgegeben. Diese Entscheidung ist zu begrüßen; aber sie genügt nicht. Die Sozialdemokraten fordern seit Jahren, mindestens 55 Prozent des Aufkommens aus der Mineralölsteuer zweckgebunden für den Strassenbau zu verwenden.

Beim Strassenbau in der Bundesrepublik handelt es sich um mehr als nur um ein wirtschaftliches Problem. Es geht buchstäblich um das nackte Leben. Die schwarzen Kreuze auf den Strassenkarten der Verkehrspolizei sprechen eine deutliche Sprache. Behauptungen, daß eine Intensivierung des Strassenbaus aus konjunkturpolitischen Gründen abgelehnt werden müsse, sind unter diesen Umständen nicht angebracht. Ausserdem halten sie einer sachlichen Prüfung nicht stand. Im Auftragsbestand des Strassenbaugewerbes machen sich erhebliche Lücken bemerkbar. Mancherorts ist es bereits zu Entlassungen von Arbeitskräften und zu Kurzarbeit gekommen. Die Preise im Strassenbau sind so niedrig wie schon seit Jahren nicht mehr. Die Voraussetzungen sind also denkbar günstig.

Die zehn Millionen Kraftfahrer in der Bundesrepublik und mit ihnen die gesamte Öffentlichkeit haben kein Verständnis für den Abbruch der Strassenbauarbeiten. Es geht um die Sicherheit von Millionen Menschen. Fiskalische und konjunkturpolitische Einwände verlieren angesichts dieser Tatsache ihre Bedeutung.